

Geplante Errichtung und Betrieb der Schachanlage Konrad auf dem Gebiet der Stadt Salzgitter als Anlage des Bundes zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

(Bek. d. MU v. 26. 4. 1991/405-40326/03-5/1)

Gemäß § 9b Abs. 5 Nr. 1 des Atomgesetzes (AtG) i. d. F. vom 15. 7. 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verbesserung der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs und zum Verbot von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen vom 5. 11. 1990 (BGBl. I S. 2428) i. V. m. § 7 Abs. 4 Satz 3 AtG und § 4 Abs. 1 der Atomrechtlichen Verfahrensordnung (AtVV) i. d. F. vom 31. 3. 1982 (BGBl. I S. 411), wird bekanntgemacht:

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig (PTB), Bundesallee 100, 3300 Braunschweig, hat mit Schreiben vom 31. 8. 1982, ergänzt durch Schreiben vom 27. 12. 1985 den Antrag auf Planfeststellung der Errichtung und des Betriebes der Schachanlage Konrad (Stadt Salzgitter, Gemarkung Bleckenstedt) als Anlage des Bundes zur Endlagerung radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung gemäß § 9b AtG gestellt.

Mit Schreiben vom 20. 3. 1990 wurde der Antrag dahingehend präzisiert, daß von ihm nur solche radioaktiven Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung erfaßt werden, die im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dem sonstigen Umgang mit radioaktiven Stoffen im Geltungsbereich des AtG stehen und zu entsorgen sind, auch soweit diese außerhalb des Geltungsbereiches des AtG angefallen sind.

Durch das Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz v. 9. 10. 1989 (BGBl. I S. 1830) ist die Zuständigkeit der PTB für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle mit Wirkung vom 1. 11. 1989 auf das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Salzgitter, übergegangen.

Der vorgesehene Standort der Anlage liegt im südöstlichen Niedersachsen zwischen Braunschweig und Salzgitter-Lebenstedt auf dem Gebiet der Stadt Salzgitter. Im Liegenschaftsbuch der Gemeinde Salzgitter ist das Grundstück des Schachtes Konrad 1 unter Flur 3 der Gemarkung Bleckenstedt und das des Schachtes Konrad 2 unter Flur 4 der Gemarkung Watenstedt erfaßt. Die Schächte haben folgende auf den Schachtmittelpunkt bezogene geographische Koordinaten:

- Schacht Konrad 1: 10° 24' 15" ö.L.; 52° 11' 06" n. B.
- Schacht Konrad 2: 10° 24' 46" ö. L.; 52° 10' 21" n. B.

Das Grundstück des Schachtes Konrad 2 befindet sich auf dem Gelände des Werkes Salzgitter der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG.

Die Schachanlage Konrad soll als Endlager radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer thermischer Einwirkung auf das umgebende Gebirge aufnehmen. Hierzu zählen Abfälle aus Wiederaufarbeitungsanlagen, Kernkraftwerken, Großforschungseinrichtungen, Landessammelstellen, der Industrie, der Stilllegung kerntechnischer Anlagen und sonstiger Herkunft.

Das beantragte Endlager Konrad besteht aus den Tagesanlagen und dem Grubengebäude mit den dazugehörigen technischen Einrichtungen.

Zu den Tagesanlagen gehören:

- Schachanlage Konrad 1 mit
 - Schachtfördergerüst, Schachthalle und Anbauten,
 - baulichen und technischen Einrichtungen für den Transport des anfallenden Aufwerks,
 - baulichen und technischen Einrichtungen für Wasserhaltung und Elektroversorgung sowie Objektschutz,
 - Verwaltungs- und Sozialgebäude,
 - Werkstatt und
 - Lager.

Schachanlage Konrad 2 mit

- Förderturm und Schachthalleanbau,
- Umladeanlage mit Pufferhalle zum Umschlag der Transporteinheiten von Waggons und Lkw auf Plateauwagen zum Transport nach unter Tage oder in die Pufferhalle,
- baulichen und technischen Einrichtungen für Wetterführung, Wasserhaltung und Elektroversorgung sowie Objektschutz,
- Werkstatt und
- Lager.

Zum Grubengebäude gehören:

- Tagesschächte (Schacht Konrad 1 und Schacht Konrad 2),
- Füllörter,
- Hauptsohlen,
- Wendeln und Rampen,
- Einlagerungsfelder und
- Grubennebenräume.

Das Grubengebäude liegt in einer Teufe von etwa 800 m bis 1300 m und erstreckt sich etwa 3 km in Nord-Süd-Richtung und etwa 1,8 km in Ost-West-Richtung.

Die Verkehrsanbindung von Schacht Konrad 2 wird an die Industriestraße Nord (K 39) und an das Schienennetz der Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter (VPS) beantragt.

Die geschätzte Einlagerungskapazität beträgt etwa 550 000 m³ Abfallgebindevolumen. Dieses entspricht in Abhängigkeit vom Abfallmengenanfall einer voraussichtlichen Betriebsdauer von etwa 40 Jahren.

Der Antrag beinhaltet auch die Stilllegung des Betriebes. Nach Beendigung der Einlagerung sollen alle bis dahin offen gehaltenen und für den Betrieb erforderlichen Grubenbaue verfüllt werden. Die beiden Schächte sollen mit Schachtverschlüssen dauerhaft versiegelt werden.

Die am Ende der Betriebsphase des Endlagers Konrad eingelagerte Aktivität relevanter Radionuklidgruppen soll für Gesamt-Alphastrahler höchstens 1,5 x 10¹² Bq und für Gesamt-Beta/Gammastrahler höchstens 5,0 x 10¹² Bq betragen. Die Gesamtinventare der nachfolgend aufgeführten einzelnen Radionuklide sollen wie folgt begrenzt werden:

H 3	6,0 x 10¹¹ Bq
C 14	4,0 x 10¹¹ Bq
I 129	7,0 x 10¹¹ Bq
Ra 226	4,0 x 10¹¹ Bq
Th 232	5,0 x 10¹¹ Bq
U 235	2,0 x 10¹¹ Bq
U 236	1,0 x 10¹¹ Bq
U 238	1,9 x 10¹² Bq
Pu 239	2,0 x 10¹² Bq

Pu 241

2,0 x 10¹² Bq

Es wird beantragt, über den Diffusor am Schacht Konrad 2 jährlich höchstens folgende aus den eingelagerten Abfällen mit bestimmungsgemäßen Betrieb freigesetzte Mengen radioaktiver Stoffe mit den Abwettern abbleiten zu dürfen (Antragswerte):

H 3	1,5 x 10¹² Bq
C 14	3,7 x 10¹¹ Bq
I 129	7,4 x 10¹¹ Bq
Rn 222	1,9 x 10¹² Bq
Aerosole (Halbwertszeit > 10 d):	
Alpha-Strahler	3,7 x 10¹² Bq
Beta/Gamma-Strahler	7,4 x 10¹² Bq

Gemäß § 9b Abs. 5 AtG i. V. m. § 75 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) konzentriert dieses Planfeststellungsverfahren grundsätzlich alle anderen behördlichen Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen. Das gilt auch gem. § 57b Abs. 3 Satz 2 Bundesberggesetz (BBergG) und § 1 Nr. 7 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben v. 13. 7. 1990 (BGBl. I S. 1420) für Rahmenbetriebsplanzulassungen. Im übrigen erstreckt sich das Planfeststellungsverfahren jedoch nicht auf die Zulässigkeit von Haupt- und Sonderbetriebsplänen nach dem Bundesberggesetz (§ 9b Abs. 5 Nr. 3 AtG).

Gemäß § 9b Abs. 2 AtG ist bei der Planfeststellung die Umweltverträglichkeit der Anlage zu prüfen. Diese Umweltverträglichkeitsprüfung ist selbstständiger Teil des Planfeststellungsverfahrens. Die Umweltverträglichkeitsprüfung umfaßt die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen eines Vorhabens auf

1. Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen,
2. Kultur- und sonstige Sachgüter.

Die gemäß § 6 UVPG entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens liegen mit den sonstigen Planunterlagen zur Einsichtnahme aus.

Im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung und dem Betrieb eines Endlagers für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung in der Schachanlage Konrad hat die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Präsidenten des BfS, beim Niedersächsischen Umweltministerium gemäß § 11 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) i. d. F. vom 20. 8. 1990 (Nds. GVBl. S. 371), mit Antrag vom 17. 4. 1990 folgende gehobene wasserrechtliche Erlaubnisse beantragt:

1. Einleitung des geklärten Schmutzwassers und des Niederschlagswassers aus dem Nordgelände Schacht Konrad 1 in die Aue (Einleitstelle: Gemarkung Bleckenstedt, Flur 3, Flurstück 58/4).
2. Einleitung des Niederschlagswassers aus dem Schachtgelände Konrad 2 in den Beddinger Graben (Einleitstelle: Gemarkung Beddinger, Flur 1, Flurstück 55/3).
3. Einleitung von jährlich höchstens 4000 m³ Schmutzwasser und 10 000 m³ Grubenwässern mit höchstens 7,4 x 10¹² Bq Tritium und höchstens 7,4 x 10¹² Bq eines Radionuklidgemisches (Antragswerte) aus Schacht Konrad 2 in die Aue (öffentliches Gewässer II. Ordnung; Einleitstelle: Gemarkung Üfingen, Flur 6, Flurstück 246/3, sowie Gemarkung Sonnenberg, Flur 3, Flurstück 272/2).

Gemäß § 14 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. vom 23. 9. 1986 (BGBl. I S. 1529), zuletzt geändert durch das UVPG vom 12. 2. 1990 (BGBl. I S. 205) i. V. m. § 31 Abs. 1 Satz 1 NWG ist die atomrechtliche Planfeststellungsbehörde neben der atomrechtlichen Planfeststellung auch für die Erteilung wasserrechtlicher Erlaubnisse oder Bewilligungen zuständig. Nach § 31 Abs. 1 Satz 2 NWG richtet sich das Verfahren nach den für die Planfeststellung geltenden Vorschriften.

Einzelheiten des Vorhabens sind aus den Anträgen und den dazugehörigen Unterlagen ersichtlich.

Gemäß § 9b Abs. 5 Nr. 1 AtG i. V. m. § 7 Abs. 4 Satz 3 AtG und § 6 Abs. 1 AtVV liegen die Planunterlagen, die wasserrechtlich erforderlichen Unterlagen und die Unterlagen nach dem UVPG über die Umweltauswirkungen des Vorhabens in der Zeit vom 16. 5. 1991 bis einschließlich 15. 7. 1991 während der Dienststunden im Dienstgebäude des Niedersächsischen Umweltministeriums, Archivstraße 2, 3000 Hannover 1, montags bis donnerstags von 9.00 bis 19.00 Uhr und freitags von 7.30 bis 14.00 Uhr; im Dienstgebäude der Bezirksregierung Braunschweig, Bohweg 38, 3300 Braunschweig, montags bis donnerstags von 8 Uhr bis 16.45 Uhr und freitags von 8 bis 13 Uhr; in den Dienstgebäuden der Stadt Salzgitter (Salzgitter-Lebenstedt und Salzgitter-Bad), Nebengebäude der Hauptverwaltung in der Chemnitz Straße 38; Erdgeschoß: 3320 Salzgitter-Lebenstedt, und in der Städtischen Verwaltungsstelle Salzgitter-Bad, Marktplatz 11, Raum 19, 3320 Salzgitter-Bad, jeweils montags und dienstags von 7.30 bis 16 Uhr, mittwochs von 7.30 bis 14.30 Uhr, donnerstags von 9 bis 18 Uhr, und freitags von 7.30 bis 13 Uhr; im Dienstgebäude des Landkreises Peine, Burgstraße 1, Raum 333, 3150 Peine, montags bis mittwochs von 7.30 bis 16 Uhr, donnerstags von 8 bis 17 Uhr, und freitags von 8 bis 12 Uhr zur Einsicht aus.

Es wird hiermit dazu aufgefordert, etwaige Einwendungen innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei einer der vorgenannten Dienststellen vorzubringen. Mit Ablauf der Auslegungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 7 Abs. 1 Satz 2 AtVV).

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird ein Erörterungstermin mit der Antragstellerin und den Einwendern gemäß § 8ff AtVV stattfinden. Im Erörterungstermin werden die Einwendungen auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Der Erörterungstermin wird in gleicher Weise wie dieses Vorhaben bekanntgemacht werden.

Die Entscheidung über den Antrag und die Einwendungen wird der Antragstellerin und den Personen, die die Einwendungen erhoben haben, zugestellt. Die Zustellung der Entscheidung wird durch eine öffentliche Bekanntmachung ersetzt, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 15 Abs. 3 AtVV).

Hannover, den 26. 4. 1991

Niedersächsisches Umweltministerium
405-40326/03-5/1

Im Auftrage
Fricke

Beglaubigt:
Hase, Angestellte